

Monatsbericht über die Entwicklung in den Ländern der

Volksdemokratie

Januar 1957

Tschechoslowakei

I. Allgemeiner Überblick	<u>Seite:</u> 1
II. Der Moskau-Besuch	3
III. Wirtschaft	6
IV. Partei	8
1) Kampf gegen den "Nationalkommunismus"	8
2) Reaktion auf Ungarn und Polen	9
3) Auseinandersetzung mit den Schriftstellern	10
V. Die Verhaftungswelle	11
VI. Die CSR-Presse zur Bundesrepublik	12

Ungarn

I. Allgemeiner Überblick	13
II. Staat	15
1) Die Regierungserklärung vom 6. Januar	15
2) Um die Regierungserweiterung	17
3) Rückkehr zum "Harten Kurs"	19
4) Blutige Zusammenstöße und neuer Terror	20
III. Die Haltung des Volkes	21
1) Die Arbeiterschaft	21
2) Die Bauern	22
3) Die Intellektuellen	23
IV. Die Partei	24

I. Allgemeiner Überblick

Der Monat Januar stand ganz im Zeichen von internationalen Konferenzen und Freundschaftsbesuchen sowie von zahlreichen parteiamtlichen Erklärungen, in denen die Absage an den "Nationalkommunismus" besonders stark hervorgehoben wird. Nach den Besprechungen mit den Vertretern des ZK der SED beteiligten sich die Führer der KPTsch an der Budapester Konferenz und empfangen ann eine Delegation der französischen KP in Prag. Den Höhepunkt bildete jedoch der Besuch der tschechoslowakischen Regierungsdelegation in Moskau, die von Staatspräsident Antonin ZAPOTOCKY, Parteisekretär Antonin NOVOTNY, Ministerpräsident Viliam SIROCKY und dem Sekretär des ZK der KPTsch HEDRYCH angeführt wurde. An den Moskauer Besprechungen nahmen auch Vertreter "nichtkommunistischer Parteien der Nationalen Front" teil.

Aus den offiziellen Verlautbarungen geht hervor, dass Wirtschaftsfragen bei den Moskauer Gesprächen eine bedeutende Rolle gespielt haben. Die Sowjetunion hat sich demnach bereit erklärt, an die CSR zusätzlich Lebensmittel und Rohmaterialien zu liefern, während Prag weiterhin Uranerz zu "günstigen und gerechten Preisen" (es wird angedeutet, dass der Weltmarktpreis zu Grunde gelegt worden ist, doch fehlen darüber noch offizielle Verlautbarungen) liefern wird. Moskau will dafür die CSR beim "Ausbau von Atomkraftwerken unterstützen". Dieses Übereinkommen fällt in eine Zeit, in der die wirtschaftliche Lage der Tschechoslowakei äusserst angespannt ist. Die Ereignisse in Polen (die polnischen Kohlenimporte wurden eingestellt) und Ungarn (die CSR muss dem Kadarregime unter die Arme greifen), sowie der erhebliche Rückgang in der Kohlenförderung und "Unzulänglichkeiten in der Landwirtschaft" haben die Prager Wirtschaftsexperten vor schwierige Probleme gestellt. Mit den sowjetischen Sonderlieferungen dürften einige Schwierigkeiten behoben, vor allem aber die Lebensmittelversorgung einigermaßen gesichert werden können. Auch ist das letzte, für die CSR ungünstige Handelsabkommen mit der Sowjetunion modifiziert worden.

Soweit es politische und ideologische Fragen betrifft, haben die tschechoslowakischen Parteiführer ihren Kurs nicht zu revidieren brauchen. In Moskau wurde der bisherige KPTsch-Kurs gebilligt. Die KPTsch-Führer können jetzt von sich behaupten, linientreuer als mancher Sowjetführer gewesen zu sein.

Neben einem von den Regierungsvertretern beider Länder unterzeichneten Kommuniqué wurde auch eine gemeinsame Erklärung der beiden Parteien veröffentlicht, die jedoch ziemlich nichtssagend ist. Lediglich die "Thesen vom Nationalkommunismus" wurden scharf zurückgewiesen. Es liegt aber die Vermutung nahe, dass zwischen den Vertretern der beiden Länder Besprechungen geführt wurden, deren Inhalt geheim ist.

Da von den tschechischen Spitzenfunktionären, insbesondere aber von HENDRYCH und KOHLER, bekannt ist, dass sie den Kurs GOMULKAs schärfstens missbilligen, dürfte auch die politische und wirtschaftliche Einkreisung Polens zur Debatte gestanden haben. Jedenfalls ist der Ton des Chefredakteurs des "Rude Pravo", KOUCKY, der in seiner Eigenschaft als ZK-Mitglied an den Verhandlungen teilgenommen hat, in dieser Hinsicht wieder einmal auffallend selbstsicher geworden.

Bereits vor dem Moskau-Besuch wetterten Parteiredner und Parteiorgane gegen den "Nationalkommunismus" und übten scharfe Kritik an TITO und KARDELJ. Eigenartigerweise münzte die KPTsch-Presse die Ergebnisse der pölnischen Wahlen in einen grossen Sieg der Arbeiterklasse und einen Erfolg der "Politik der unverbrüchlichen Freundschaft mit der Sowjetunion" um. Gleichzeitig setzten sie ihre Kampagne gegen die "westlichen Imperialisten", insbesondere gegen die USA fort, deren "Versuche, das sozialistische Lager zu entzweien, nun endgültig gescheitert sind". Allerdings wird hinzugefügt, dass in "einigen Ländern die Gefahrenherde noch nicht ganz beseitigt werden konnten." Im übrigen macht sich nun in der Tschechoslowakei erstmalig wieder Kritik bemerkbar, und zwar in den Reihen der Schriftsteller, die in ihrem Blatt "Literani Noviny" einen Streit mit den Parteiblättern vom Zaun gebrochen haben. Die Partei konterte mit schweren Anschuldigungen und schlecht verhüllten Drohungen.

Soweit es die Wirtschaft des Landes betrifft, soll nun offensichtlich die Konsumgüterindustrie stärker forciert werden, ohne dabei jedoch die Schwerindustrie zu vernachlässigen, der im Rahmen des sowjetischen Wirtschaftsblocks eine wichtige Aufgabe zugedacht ist. Nach wie vor trägt die CSR den grössten Teil der Sowjetblock-Exportlieferungen in nichtkommunistische Länder, vornehmlich in asiatische und südamerikanische Staaten. In der Landwirtschaft verharret Prag weiterhin auf "konsequenter Durchsetzung der Kollektivierung." In seiner Neujahrsbotschaft gab Staatspräsident ZAPOTOCKY bekannt, dass in den ersten 11 Monaten des Jahres 1956 im gesamten Staatsgebiet 1385 neue Kollektive gegründet wurden.

Die Haltung gegenüber der Bundesrepublik hat sich wieder verschärft. Vor allem häufen sich die Proteste gegen das "Wiederaufleben des hitleristischen Militarismus", die Euratom-Pläne und die Berufung von General SPEIDEL. Der Bundesrepublik wird vorgeworfen, sich zu einem "Aufmarschfeld der imperialistischen Aggression mißbrauchen zu lassen". Ausserdem kritisiert Prag die Bundesregierung, die "der Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen" nicht nähertreten wolle, weil sie weiterhin eine "Politik der Aggression" betreibe. Demgegenüber hebt die kommunistische Presse eine "gewisse Bereitschaft der

SPD, FDP und des BHE in dieser Frage " hervor. Von den Sudetendeutschen in der Bundesrepublik behauptet die Prager Presse, sie würden "absichtlich dem Elend preisgegeben, damit ihr Revanchismus erhalten bleibe".

Auch im Januar wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, wobei das Regime eine "Spionagepsychose" entwickelt. Die Sache wird jetzt so dargestellt, als sei die CSR von allen Seiten bedroht und ganze Divisionen von Spionen und Saboteuren ausgesetzt, die "bei uns das Beispiel Ungarns wiederholen wollen". Der Wachsamkeit der Sicherheitsorgane und dem "gesunden, politischen Instinkt" des Volkes sei es zu danken, dass diese Versuche missglücken. Das Ministerium für Post- und Fernsprechwesen hat die Errichtung von Relaisstationen in allen Bezirksstellen angeordnet, die einen Teil des geheimen Fernsprechnetzes darstellen, das im Laufe der Zeit alle grösseren Provinzstädte mit der Zentrale in Prag verbinden soll. Die Benutzung dieses Fernsprechnetzes ist ausschliesslich der Regierung, hohen Parteistellen und den Sicherheitsbehörden vorbehalten.

Im ganzen Lande werden jetzt Vorbereitungen für die Wahlen der Nationausschüsse getroffen, die im Mai stattfinden werden. Die Autorität der Nationausschüsse soll im Rahmen der Dezentralisierungsmassnahmen gestärkt werden. Als Kandidaten der Einheitsliste der Nationalen Front werden in den Grenzgebieten auch zahlreiche "Bürger deutscher Nationalität" aufgestellt. Zum Monatsende gab das Regime bekannt, dass der tschechoslowakische Staatsrundfunk am 4. 2. mit Sendungen für Deutsche beginnt, die über die Sender Karlsbad, Reichenberg, Böhmisches Budweis und zu einem späteren Zeitpunkt auch Aussig Nachrichten, Reportagen, Kommentare und Musik bringen werden. Da es sich hierbei um sogen. Bezirkssender mit niedriger Frequenz handelt, sind diese Sendungen ausschliesslich für den Hausgebrauch, also nur für die in diesen Gebieten lebenden Sudetendeutschen bestimmt.

## II. Der Moskau-Besuch

Am 23. Januar reiste eine vielköpfige Delegation mit einem Sonderzug zu Verhandlungen nach Moskau. Ihr gehörten an: Staatspräsident Antonin ZAPOTOCKY, Ministerpräsident Viliam SIROCKY, der erste Sekretär der KPTsch Antonin NOVOTNY, der stellvertr. Ministerpräsident Vaclav KOPECKY, der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, Otokar SIMUNEK, der Sekretär des ZK der KPTsch Jiří HENDRYCH, Aussenminister Vaclav DAVID, der Vorsitzende des Staatlichen Aufbaukomitees, Emanuel SLECHTA, Aussenhandelsminister Richard DVORAK, Gesundheitsminister Dr. Josef PLOJHAR, Verteidigungsminister General Bohumir LONSKY, der Minister für örtliche Wirtschaft Josef KYJELY, der Vorsitzende des Beauftragtenkollegiums in der Slowakei Rudolf STRECHAJ

und der CSR-Botschafter in Moskau VOSAHLIK.

Auf der Hin- und Rückreise wurde die Delegation auch am Warschauer Bahnhof von einer Abordnung der polnischen Partei und Regierung begrüsst; dabei fiel auf, dass GOMULKA nicht zur Begrüssung erschienen war.

In einer gemeinsamen Deklaration der beiden Regierungen, die von BULGANIN und SIROCKY unterzeichnet wurde, heisst es u.a.:

"Die Delegationen der CSR und der SU haben mit Befriedigung ihre volle Übereinstimmung in der Auffassung der aufgaben festgestellt, die sich aus der gegenwärtigen internationalen Lage ergeben. Beide Seiten betrachten es als ihre grösste Pflicht, zum Zusammenschluss der Kräfte des sozialistischen Lagers aufgrund der Lehre des Marxismus-Leninismus beizutragen sowie die Entwicklung und Festigung der Freundschaft zwischen den sozialistischen Staaten in Übereinstimmung mit den Leninschen Grundsätzen der Gleichberechtigung und brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu unterstützen."

a) Zu Ungarn:

"Beide Seiten sind der Ansicht, dass der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn, als mitten im Herzen Europas, ein Versuch der konterrevolutionären Kräfte des In- und Auslandes war, Ungarn aus der Familie der sozialistischen Staaten herauszureissen, die Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu vernichten, die faschistische Diktatur im Lande zu erneuern und Ungarn zu einem strategischen Aufmarschgebiet für einen Angriff gegen die sozialistischen Länder und zur Entfaltung eines neuen Krieges in Europa zu machen."

b) Zu Deutschland:

"Die Delegation der CSR und der Sowjetunion haben ihre Ansichten über die deutsche Frage ausgetauscht und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die gegenwärtig von den herrschenden Kreisen der Deutschen Bundesrepublik betriebene Politik nicht zur Beseitigung der internationalen Spannungen beiträgt, sondern sie im Gegenteil verschärft. Im Hinblick darauf, dass die CSR von allen Ländern des sozialistischen Lagers am westlichsten gelegen ist und unmittelbar an Westdeutschland angrenzt, teilt die SU voll und ganz die durch die Wiedergeburt des deutschen Militarismus hervorgerufenen Befürchtungen des tschechoslowakischen Volkes."

"Die Regierungen der CSR und der SU erklären, dass die herrschenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs die bittere Erfahrung der

und der CSR-Botschafter in Moskau VOŠAHLIK.

Auf der Hin- und Rückreise wurde die Delegation auch am Warschauer Bahnhof von einer Abordnung der polnischen Partei und Regierung begrüsst; dabei fiel auf, dass GOMULKA nicht zur Begrüssung erschienen war.

In einer gemeinsamen Deklaration der beiden Regierungen, die von BULGANIN und SIROCKY unterzeichnet wurde, heisst es u.a.:

"Die Delegationen der CSR und der SU haben mit Befriedigung ihre volle Übereinstimmung in der Auffassung der Aufgaben festgestellt, die sich aus der gegenwärtigen internationalen Lage ergeben. Beide Seiten betrachten es als ihre grösste Pflicht, zum Zusammenschluss der Kräfte des sozialistischen Lagers aufgrund der Lehre des Marxismus-Leninismus beizutragen sowie die Entwicklung und Festigung der Freundschaft zwischen den sozialistischen Staaten in Übereinstimmung mit den Leninschen Grundsätzen der Gleichberechtigung und brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu unterstützen."

a) Zu Ungarn:

"Beide Seiten sind der Ansicht, dass der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn, als mitten im Herzen Europas, ein Versuch der konterrevolutionären Kräfte des In- und Auslandes war, Ungarn aus der Familie der sozialistischen Staaten herauszureissen, die Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu vernichten, die faschistische Diktatur im Lande zu erneuern und Ungarn zu einem strategischen Aufmarschgebiet für einen Angriff gegen die sozialistischen Länder und zur Entfaltung eines neuen Krieges in Europa zu machen."

b) Zu Deutschland:

"Die Delegation der CSR und der Sowjetunion haben ihre Ansichten über die deutsche Frage ausgetauscht und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die gegenwärtig von den herrschenden Kreisen der Deutschen Bundesrepublik betriebene Politik nicht zur Beseitigung der internationalen Spannungen beiträgt, sondern sie im Gegenteil verschärft. Im Hinblick darauf, dass die CSR von allen Ländern des sozialistischen Lagers am westlichsten gelegen ist und unmittelbar an Westdeutschland angrenzt, teilt die SU voll und ganz die durch die Wiedergeburt des deutschen Militarismus hervorgerufenen Befürchtungen des tschechoslowakischen Volkes."

"Die Regierungen der CSR und der SU erklären, dass die herrschenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs die bittere Erfahrung der

Geschichte wiederholen; so sehr ähnelt die Lage, die in Europa infolge der Wiedergeburt des deutschen Militarismus in der Bundesrepublik entstanden ist, in vielem der Situation, die dem zweiten Weltkrieg vorausging. Es ist bekannt, dass damals die herrschenden Kreise der Westmächte Hitlerdeutschland auf die SU hetzten, dem imperialistischen Deutschland halfen, sein Kriegspotential rasch wiederherzustellen, was zur militärischen Aggression des deutschen Imperialismus führte, der den zweiten Weltkrieg entfesselte."

"Die beiden Regierungen halten es in diesem Zusammenhang für notwendig, ihre volle Anerkennung für die Anstrengungen anzusprechen, die die DDR unternimmt, um die Wiedergeburt des deutschen Militarismus zu verhindern und ein einiges, demokratisches und friedliches Deutschland zu schaffen. Die Lösung dieser nationalen Aufgabe des deutschen Volkes erfordert, dass Bemühungen unternommen werden, um die beiden bestehenden deutschen Staaten einander näher zu bringen."

c) Kollektive Sicherheit:

"Die Regierungen der CSR und der SU sind der Ansicht, dass die verlässlichste Garantie des Friedens in Europa und auf der ganzen Welt die Schaffung eines wirksamen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa wäre. Beide sind davon überzeugt, dass ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit alle notwendigen Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden in Europa und auf der ganzen Welt schaffen würde, um die internationalen Spannungen zu mildern und die Gefahr eines neuen Krieges zu beseitigen. Ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem würde ebenfalls zu einer friedlichen und demokratischen Lösung der deutschen Frage beitragen, woran die Völker der CSR und der SU ein Lebensinteresse haben."

d) Warschauer Pakt:

"Beide Seiten sind überzeugt, dass in der gegenwärtigen Lage in Europa der Warschauer Vertrag eine feste Garantie der Sicherheit der europäischen Völker und des Friedens auf der ganzen Welt ist. Beide Seiten sind fest entschlossen, den Warschauer Vertrag zu einem wirksamen Instrument der Sicherheit und der Verteidigungskraft gegen alle Eventualitäten zu machen."

e) Wirtschaftliche Zusammenarbeit:

"Es erfolgte auch ein Meinungs-austausch über die weitere Zusammenarbeit, die auf eine umfassendere Koordinierung der Industrieproduktion der CSR und der SU hinzielt, um die bestehenden Kapazitäten für die

Erzeugung von Maschinen und anderen Waren besser auszuwerten. Mit Befriedigung wird festgestellt, dass die Handelsbeziehungen zwischen der CSR und der SU wachsen. In den letzten 8 Jahren hat sich der Warenaustausch fast vervierfacht und der Anteil der SU am tschechoslowakischen Aussenhandel betrug im Jahre 1956 mehr als 30 %. Aufgrund eines vor kurzem abgeschlossenen Handelsabkommens liefert die SU im Jahre 1957 der CSR Getreide, Kohle, Eisenerz, Roheisen, Eisenlegierungen, Kupfer, Nickel, Kautschuk, Baumwolle, verschiedene Maschinen, Lebensmittel und andere Waren. Die CSR wird der SU Einrichtungen für Schmieden und Presswerke, Walzwerk-ausrüstungen sowie Ausrüstungen für die chemische Industrie, für die Lebensmittelindustrie und die Leichtindustrie, Lokomotiven, Uranerz, Röhren, Zucker, Wollstoffe, Möbel, Schuhe u.a. liefern. Die sowjetische Regierung hat, dem Wunsch der tschechoslowakischen Regierung entgegenkommend, ihre Zustimmung dazu gegeben, dass sie im Jahre 1957 der CSR zusätzlich noch 250000 to Getreide, 9.500 to Aluminium und 1.300 to Ferrochrom liefern wird."

f) Uranerz:

"Es wurde ein Übereinkommen darüber erzielt, dass die CSR der SU auch weiterhin Uranerz liefern wird, wobei beide Parteien erklären, dass die Preise, zu denen die CSR Uranerz an die SU liefert, gerecht und für beide Teile vorteilhaft sein werden."

III. Wirtschaft

Die Moskauer Verhandlungen sind für die CSR schon deshalb von Bedeutung, weil das Land mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Am 23. 1. meldete der Prager Rundfunk, dass der Gesamtwirtschaftsplan für 1957 erst zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden könne, da sich die ernste internationale Lage auf die Wirtschaft der ganzen Welt und damit natürlich auch auf die Wirtschaft der tschechoslowakischen Republik ungünstig ausgewirkt habe. In diesem Zusammenhang werden auch die Ereignisse in Polen und die ungarische Revolution genannt. Besondere Schwierigkeiten, so hiess es in dem Rundfunkkommentar, seien dadurch entstanden, dass die Kohlenlieferungen aus Polen ausgeblieben sind. In seiner Neujahrsansprache ging Staatspräsident ZAPOTOCKY auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein und erklärte u.a.:

"Wir verhehlen nicht, dass die Brennstofflage dieses Jahr besonders gespannt sein wird. Trotzdem unsere Kohlenproduktion gegenüber den Vorkriegsjahren angestiegen ist, können wir nicht behaupten, dass wir das Kohlenproblem schon gelöst hätten. In der ersten Hälfte des Jahres lieferte uns das entscheidende Revier Ostrau-Karwin 80.000 to Kohle über den Plan hinaus."

Gleich darauf, im 3. Quartal dieses Jahres, wies es ein Förderungsmanko vom 230.000 to gegenüber den Plan auf. Die Ursachen lagen in der inkonsequenten Sicherung der Förderung und zwar sowohl durch mangelnde Vorbereitungsarbeiten, ungenügende Erschliessungsarbeiten, zu langsame Mechanisierung als auch durch ungenügende Versorgung mit Arbeitskräften."

Nachdem ZAPOTOCKY auf verschiedene andere Mängel hingewiesen hatte, befasste er sich auch mit der vorjährigen Zuckerrübenernte und erklärte:

"Es wäre völlig falsch zu meinen, dass die niedrigen Erträge nur der ungünstigen Witterung zuzuschreiben sind. Großen Anteil an der niedrigen Zuckerrübenernte haben auch schlechte Arbeitsorganisation und die säumige Durchführung der Frühjahrsbestellung sowie der Herbsterte."

Schliesslich kam er auch auf andere Mängel und die schlechte Arbeitsmoral zu sprechen und erklärte:

"Man könnte eine ganze Reihe solcher überflüssiger und durch Nachlässigkeit verschuldeter Schäden anführen. Es sind dies auch durch unwirtschaftliche Arbeitsweise verschuldete Schäden, die durch Vergeudung von Material und Energie entstehen, durch ein schlechtes Verhältnis zu den anvertrauten Produktionsmitteln und durch gewissenlose Diebstähle am Volkseigentum. Es treten auch in nicht geringer Masse Schäden durch Alkoholismus auf, der Unfälle, Ausschussproduktion und Fehlschichten zur Folge hat und alle Zweige des Lebens unseres Volkes schädigt."

Im übrigen scheint man nun der Verbrauchsgüterindustrie grössere Aufmerksamkeit zu widmen. Insbesondere ist die Produktion von Schuhen und Baumwollstoffen stark angestiegen. Im vergangenen Jahr produzierte die CSR 40,2 Millionen Paar Schuhe. Die Produktion von Staubsaugern ist von 29.833 im Jahre 1953 jetzt auf 121.977 angestiegen. Während ein grosser Teil dieser Erzeugnisse für den Export bestimmt sind, macht sich die erhöhte Produktion jedoch auch auf dem Inlandsmarkt bemerkbar. Kühlschränke, Fernsehapparate, Waschmaschinen, Schuhe und Textilien sind nun häufiger zu haben, allerdings noch zu sehr hohen Preisen. Ausserdem wird in Leserzuschriften in der Presse oft Klage über die schlechte Qualität geführt.

#### IV. Die Partei

##### 1) Kampf gegen den "Nationalkommunismus"

Zwischen dem 16. u. dem 19. Januar hielt sich in Prag eine Delegation der KP Frankreichs auf, die mit Vertretern der KPTsch Verhandlungen führte. In einer gemeinsamen Erklärung beider Parteien wird u.a. auch zu den Äusserungen TITOs sowie zum Nationalkommunismus Stellung genommen. Es heisst darin u.a.:

"Die Weltreaktion ist sich voll und ganz der entscheidenden Rolle bewusst, die eine ein ige internationale Arbeiterbewegung bei der Vereitelung ihrer Pläne spielen kann. Deshalb setzt sie alle Mittel ein, um diese Einigkeit zu untergraben, die kommunistischen Parteien zu schwächen und ihre Mitglieder zu desorientieren. Sie fördert und propagiert daher verschiedene revisionistische Tendenzen.

Die Vertreter der beiden Parteien sind der Ansicht, dass der Revisionismus, in welcher Gestalt auch immer er auftritt, nur der imperialistischen Reaktion dient. Deshalb stehen beide Delegationen auf dem Standpunkt, dass alle Versuche, die kommunistische Bewegung in "stalinistische" und "nichtstalinistische", in "alte" und "neue" Richtungen einzuteilen, ebenso wie die Ansicht, dass mehrere Zentren der internationalen kommunistischen Bewegung existieren können, faktisch eine Leugnung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus bedeuten, dem unsere beiden Parteien unentwegt die Treue bewahren. Das Ziel der Theorien des sogenannten nationalen Kommunismus, den die Reaktion verbreitet, ist offensichtlich, dass die Arbeiterklasse alle Erfahrungen und Lehren aufgibt, was allmählich ermöglichen würde, die imperialistische Vorherrschaft über die einzelnen sozialistischen Ländern wieder aufzurichten."

Zum Jahreswechsel gewährte der sowjetische Parteisekretär CHRUSCHTSCHOW dem tschechoslowakischen Parteiorgan "Rude Pravo" ein Interview, in dem er zur Frage des Nationalkommunismus u.a. erklärte:

"Die Feinde der Arbeiterklasse scheuen auch nicht vor der heimtückischen Aktion zurück, um innerhalb der kommunistischen Bewegung Uneinigkeit zu stiften. Sie haben vor allen die Idee des sogenannten Nationalkommunismus in die Welt gesetzt. Nationale Eigenheiten der Entwicklung zum Sozialismus in den einzelnen Ländern werden in Gegensatz gebracht zu dem, was durch die Oktoberrevolution Allgemeingeltung hat und was unerlässlich für einen erfolgreichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist."

## 2) Reaktion auf Ungarn und Polen

Als Teilnehmerstaat an der Budapester Sonderkonferenz unterstützt die CSR natürlich das KADAR-Regime. Dies vollzieht sich in Form von wirtschaftlichen Hilfsleistungen, wie auch auf politischem Gebiet. Hatten jedoch die Prager Parteisprecher immer wieder erklärt, der ungarische Volksaufstand sei von vornherein das Machwerk des Imperialismus gewesen, so stellt sich die neueste Interpretation der ungarischen Ereignisse in einen gewissen Gegensatz zu der ursprünglichen Behauptung. In seiner Neujahrsbotschaft hatte nämlich Präsident ZAPOTOCKY die ungarische Entwicklung wie folgt dargestellt:

"Es ist nicht zu leugnen, dass die schweren politischen und wirtschaftlichen Fehler, die die ungarische KP und die ehemalige Regierung unter der Führung von RAKOSI und GERÖ beim Aufbau des Sozialismus begingen, grosse wirtschaftliche Schwierigkeiten und Unzufriedenheiten unter den breiten Massen des ungarischen Volkes hervorgerufen haben. Die Verhandlungen des XX. Parteitages der KPdSU, die Verurteilung des stalinistischen Personenkultes und auch die Verurteilung der Fehler, die dieser unrichtigen Politik entsprachen, haben in allen kommunistischen Parteien eine breite, scharfe und offene Kritik und in den volksdemokratischen Ländern berechnete Bemühungen um Wiedergutmachung hervorgerufen. In Ungarn ist leider die Kritik entartet und hat zum brudermörderischen Kampf in den Reihen der ungarischen Partei der Werktätigen geführt. Anstelle einer Korrektur der Fehler kam es zur vollkommenen Lähmung der Parteitätigkeit, zur Desorientierung ihrer Mitglieder sowie der Massen der Arbeiter. Dadurch wurde der heimischen und ausländischen Reaktion und dem alten Horthy-Gesinde ein günstiger Nährboden vorbereitet, die Unzufriedenheit der Massen zur Organisation eines konterrevolutionären Putsches zu missbrauchen, dessen Ziel darin bestand, den Kapitalismus in Ungarn zu erneuern."

In Bezug auf Polen beflüssigen die Parteiblätter jetzt sich grösserer Zurückhaltung. GOMULKA wird nicht angegriffen, verschiedene "reaktionäre und chauvinistische Tendenzen" hingegen weiterhin kritisiert. Das Wahlergebnis wurde als Sieg der "eigenen Sache" gefeiert:

"Diesen überwältigenden Sieg des polnischen Volkes konnten nicht einmal die westlichen Blätter vertuschen, wenn auch manche die verschiedensten Purzelbäume schossen. Nehmen wir z.B. den Londoner 'Daily Telegraph':  
\*Die Wahlen waren geheim, - so schreibt das Blatt - und es gab mehr Kandidaten als Mandate. In diesem Sinne waren die Wahlen frei.'

Gleichzeitig aber versucht die Zeitung ihre Leser zu überzeugen, dass die Wahlen doch nicht als freier Ausdruck der Anschauung der Bevölkerung betrachtet werden können, weil die Mehrheit der Kandidaten auf den Listen Kommunisten waren und die Vertreter der anderen Parteien und die Parteilosen nur den Rest bildeten.

Während hier also auf einmal bewusst die Möglichkeit verkleinert wird - die man vorher von reaktionärer Seite so laut propagiert hatte -, dass die Wähler Kandidaten streichen konnten, ist der Warschauer Sonderberichterstatte der 'New York Times' ehrlich: Er nennt die Sjem-Wahlen einen demonstrativen Sieg der nationalen Einheit. Er stellt dabei ausdrücklich fest, dass keine polizeiliche Aufsicht ausgeübt und keine Abschreckungstaktik gegen die Wähler benutzt worden sei - was im übrigen vielleicht für einen mit sovielen Vorurteilen belasteten amerikanischen Beobachter eine Neuentdeckung sein mag, für uns aber eine Selbstverständlichkeit ist, die wir nicht einmal für erwähnenswert halten würden."

### 3) Auseinandersetzung mit den Schriftstellern

Im Laufe des Monats Januar entwickelte sich ein Polemik zwischen der kommunistischen Parteipresse und einer Reihe von Schriftstellern. Gegenstand der Auseinandersetzung ist die Rolle, die Schriftsteller und Intellektuelle im geistigen Leben der Nation zu spielen haben. Die Schriftsteller beanspruchen für sich, fortschrittlich gesonnen und allen Neuerungen gegenüber aufgeschlossen zu sein. Sie werfen den Parteiblättern vor, aus den Erfahrungen der Vergangenheit nichts gelernt zu haben. Die Parteipresse erwiderte mit dem Vorwurf, die Schriftsteller unterstützten eine "längst überlebte kleinbürgerliche Ideologie."

Am 6. 1. griff der stalinistische Literat Stanislav NEUMANN einige seiner Kollegen scharf an. Er erklärte, viele Intellektuelle, die früher begeistert waren, sind heute enttäuscht und verstecken sich hinter der Resignation. "Sie haben die Hoffnung aufgegeben und schreien hysterisch, dass alles in unserem Lande schlecht ist".

In dieser Auseinandersetzung stehen sich auf der einen Seite Rundfunk und parteiamtliche Presse, auf der anderen Seite die Zeitschrift "Literarni Noviny" und "Kveten" gegenüber. Der Schriftsteller K. J. BENES veröffentlichte nun in den "Literarni Noviny" einen Artikel über den ungarischen Volksaufstand, in dem es u.a. heisst:

"Sollten wir uns nicht die Frage stellen, ob wir für die ungarischen

- 11 -

Ereignisse nicht auch einen Teil der Verantwortung tragen? Haben wir uns nicht zu passiv gegenüber dem verhalten, was in unserer unmittelbaren Nachbarschaft geschah? Haben wir den ganzen Umfang der erschütternden Wahrheiten begriffen, die während des Rajk-Prozesses ans Tageslicht kamen? Sind wir nicht alle für diese Dinge mitverantwortlich? Wir müssen den Mut haben, der Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen."

Im weiteren Verlauf seines Artikels, den die Zeitschrift am 22. Januar veröffentlichte, kritisierte der Schriftsteller die "erbarmungslose Mechanisierung des Denkens."

#### V. Die Verhaftungswelle

Offensichtlich wird in der CSR eine Art von Spionagepsychose gezüchtet, die dem Regime einen bequemen Vorwand liefern soll, sich seiner politischen Gegner zu entledigen. Im Januar berichteten Presse und Rundfunk von zahlreichen Verhaftungen, durch die "Spione und Saboteure" unschädlich gemacht werden seien. Am 16. Januar meldete der Prager Rundfunk, dass es den Staatssicherheitsorganen gelungen sei, einen "britischen Spionagering" aufzudecken. An der Spitze dieses Ringes soll der ehemaligen Direktor der Ersten tschechischen Rückversicherungsbank, Dr. Josef POTOCEK gestanden haben, der sich "auf einer seiner Dienstreisen in London mit dem Emigranten und Redakteur für die tschechischen Hetzsendungen des BBC, Josef KOSINA, in Verbindung gesetzt hat". Danach soll POTOCEK einen weiteren Wirtschaftler Dr. Vaclav KVICERA, für "Spionagearbeit" gewonnen haben. "Rude Pravo" schreibt zu dem Fall: "Die Bande wurde vor einer neuerlichen Auslandsreise Potoceks auf frischer Tat ertappt, wobei unsere Sicherheitsorgane viele Dokumente beschlagnahmen konnten. Aufgrund des vorgelegten Beweismaterials aus dem der grosse Schaden ersichtlich wird, den die Bande unserem Staat zugefügt hatte, erklärte der Senat des Obersten Gerichtshofes die Angeklagten des Hochverrats und der Spionage schuldig. Potocek und Kvicera wurden zum Tode verurteilt, Dr. J. Tichacek zu 15 Jahren und ein Beamter des Ministeriums für Nahrungsmittelindustrie, J. Macho, zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt."

Am 19. Januar wurde die Verhaftung des 22-jährigen "amerikanischen Agenten" Bohumil MACEK bekanntgegeben. Er soll die Donau überquert haben, um sich aus der Pressburger Gegend "militärische Informationen" zu besorgen. Bei dieser Gelegenheit berichtete der Prager Rundfunk, dass MACEKs Vater im Jahre 1955 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Ein weiterer Fall ist der des westdeutschen Kaufmanns Ing. Wilhelm SALZIG.

Er wurde auf einer seiner Geschäftsreisen in der CSR verhaftet. Zusammen mit seinen "zwei nächsten Mitarbeitern", wartet er nun auf seine Aburteilung. Die kommunistische Presse behauptet, SALZIG sei ein Mitglied der Organisation Gehlen und "habe unter der Last der Beweise bereits seine Schuld in vollem Umfang eingestanden".

#### VI. Die CSR-Presse zur Bundesrepublik

Häufig befasst sich die tschechoslowakische Presse mit der Bundesrepublik, der Frage der Wiedervereinigung, den kommenden Bundestagswahlen, dem Problem einer deutschen Ostpolitik und der "Wiedergeburt des deutschen Militarismus". In einem umfassenden Grundsatzartikel im "Rude Pravo" heisst es dazu u.a.:

"Die Regierung unserer Republik hat in den letzten zwei Jahren wiederholt ihre Bereitschaft erklärt, mit der Deutschen Bundesrepublik diplomatische Beziehungen anzuknüpfen und das Verhältnis zu diesem unseren Nachbarland völlig zu normalisieren. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen beiden wirtschaftlich hochentwickelten Ländern den Völkern beider Staaten nur von Vorteil sein könnte.

Jetzt können wir die Antwort darauf geben, was eigentlich die Ursache dafür ist, dass die herrschenden Kreise der Bundesrepublik nicht bereit sind, die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zu normalisieren. Es sind die politischen Ziele dieser Vertreter des wiedererstehenden deutschen Imperialismus. Sie haben kein Interesse an einer Minderung der internationalen Spannung, sondern sehen im Gegenteil ihre Chancen in der Fortsetzung des sogenannten Kalten Krieges.

Diese Politik ist jedoch auf Sand gebaut. Der westdeutsche Imperialismus hat für einen neuen "Drang nach Osten" praktisch keine Aussichten.

Die SPD und die Gewerkschaften fordern in ihrer Kritik an der Adenauersehen Aussenpolitik die Normalisierung der Beziehungen zur CSR und anderen volksdemokratischen Staaten. Aber auch in bürgerlichen Kreisen gewinnt eine realistische Auffassung an Boden. Ein Beispiel dafür ist der Standpunkt der ... FDP, die ebenfalls für die Normalisierung der Beziehungen ist. Sogar in Adenauers eigener Partei, der CDU, sind einige einflussreiche Leute dafür, wie z.B. der Vorsitzende des Bundesrates, Dr. Sieveking."

U N G A R N

I. Allgemeiner Überblick

Obwohl das Regime die allgemeine Ausgangssperre insofern gemildert hat, dass sie ab 1. Februar nur noch zwischen 24.00 und 04.00 Uhr in Kraft ist, kann von einer Beruhigung der Lage nicht die Rede sein. Der Monat Januar stand vielmehr im Zeichen blutiger Zusammenstöße, Massenverhaftungen, Hinrichtungen, unverhüllter Drohungen gegen alle Gegner der gegenwärtigen ungarischen Regierung und anderer Terrormassnahmen.

Der ungarische Schriftstellerverband sowie die Journalistenvereinigung wurden als "regierungsfeindlich" aufgelöst. Eine Reihe führender Schriftsteller befinden sich in Haft. Am 25. Januar gab der Budapester Rundfunk die Verhaftung von Gyula HAY, Tibor TARDOS, Domokos VARGA, Balasz LENGYEL, Zoltan ZELK und Pal LOECSEY bekannt. Sie alle müssen sich nun wegen "schwerer konterrevolutionärer Umtriebe" vor Gericht verantworten.

Zu Beginn des Monats veröffentlichte Janos KADAR eine Regierungsdeklaration, aus der hervorgeht, dass die Regierung einen Ein-Jahres-Plan für die Wirtschaft entwickeln, den Staatsapparat "stärken", die Autorität der Arbeiterräte einengen und die Kollektivierung in der Landwirtschaft fortsetzen will. Der Deklaration war eine Konferenz vorangegangen, an der Partei- und Regierungsvertreter der Sowjetunion, der CSR, Rumäniens, Bulgariens und Ungarns teilgenommen hatten. Die Sowjets waren durch CHRUSCHTSCHOW und MALENKOW vertreten. Diese Konferenz verdammt die ungarische Volkserhebung als ein "Machwerk der Imperialisten" und billigte ausdrücklich die sowjetische Intervention. Budapester Regierungssprecher gaben bekannt, dass vor allem wirtschaftliche Hilfsmassnahmen für Ungarn zur Debatte gestanden haben. Wie der Sender Kossuth zu berichten wusste, hat die SU 200.000 to Getreide und insgesamt 240 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt, mit denen "Schulden im Westen beglichen werden" sollen.

Obwohl amtliche Verlautbarungen immer noch von einer bevorstehenden Regierungserweiterung sprechen, ist es inzwischen klar geworden, dass sich weder die PETÖFI-Partei noch die Partei der kleinen Landwirte an der Regierung KADAR beteiligen werden. Soweit es die Sozialdemokraten betrifft, haben Sprecher des Regimes, insbesondere aber der Renegat György MAROSAN klar gemacht, dass die Wiederzulassung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns nicht in Frage komme. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass neuerdings scharfe Angriffe gegen Anna KETHLY gerichtet werden. Ihr wird vorgeworfen, bereits im HORTHY-Regime eine "Reaktionärin" gewesen zu sein. Soweit es sich feststellen lässt, wurde dieser Vorwurf gegen die Vorsitzende der ungarischen Sozialdemokratie nicht einmal in der Ära RAKOSI erhoben -

ein weiterer Hinweis dafür, dass das gegenwärtige Regime einen schärferen Kurs verfolgt, als das in den Jahren 1954-56 der Fall war.

Zwar rückt die Parteilitung der KP immer noch von den "Fehlern, die RAKOSI, und GERÖ in der Vergangenheit begangen haben" ab, als Hauptfeinde werden jedoch jetzt die "Verräter und Konterrevolutionäre" um Imre NAGY, die "Faschisten und Reaktionäre", sowie die "feindlichen Agenten der Imperialisten" hingestellt. Gleichzeitig macht die neue Parteilührung deutlich, dass man mit der Kritik an STALIN zu weit gegangen sei.

Während die Regierungserklärung noch davon spricht, dass ein gutes Verhältnis zur Kirche gefunden werden müsse und dass es in den Schulen Religionsfreiheit geben werde, hat erneut eine Hetzkampagne gegen verschiedene kirchliche Einrichtungen eingesetzt. Nach offizieller Version werden Kinder, die nicht den Religionsunterricht besuchen wollen, terrorisiert. In einem Fall seien vier Kinder von den Mitschülern deswegen auf Kleiderhaken aufgehängt worden. In zahlreichen Pressemeldungen heisst es, die "Konterrevolutionäre seien nun dazu übergegangen, den Kampf gegen unsere Kinder weiterzuführen". Aus alledem ist zu schliessen, dass mit neuen, scharfen Massnahmen gegen die Kirche und der Einschränkung, wenn nicht sogar der völligen Stilllegung des Religionsunterrichtes zu rechnen ist.

Von einer geordneten Wirtschaft kann noch nicht die Rede sein. Die Kohlenförderung beträgt immer noch nur etwa 50 % des Bedarfs und die Elektrizitätsversorgung bietet ein ähnliches Bild. Zahlreiche Industriebetriebe sind entweder geschlossen oder auf Kurzarbeit umgestellt worden. Dadurch hat eine Welle der Arbeitslosigkeit das Land erfasst, die noch anschwellen wird, weil 20.000 Regierungsangestellten im Zuge einer "Verwaltungsvereinfachung" die sofortige Entlassung droht. In Wirklichkeit ist der gesamte Regierungsapparat derart desorganisiert, dass der überwiegende Teil der Beamten und Angestellten so gut wie nichts zu tun hat. Ausserdem wird ein erheblicher Teil der Verwaltungsarbeit immer noch von der sowjetischen Armee geleistet. In der Landwirtschaft ist das Regime nun endgültig zum Prinzip der Kollektivierung zurückgekehrt. Allerdings ist es der Regierung nicht gelungen, den Auflösungsprozess aufzuhalten. Am 31. Januar gab der Budapester Rundfunk in einer Sendung für die Landwirtschaft bekannt, dass es im ganzen Lande nur noch 1.997 Kollektive gebe. Aber auch diese Zahl dürfte noch viel zu hoch sein, denn die gesamte Lage auf dem flachen Lande ist auch für den Landwirtschaftsminister noch zu unübersichtlich. Viele Bauern kümmern sich um Regierungsverordnungen nicht, was ihnen um so leichter fällt, als die Vollzugsorgane der kommunistischen Regierungspolitik in den Dörfern entweder entmachtet oder verschwunden sind.

Der Flüchtlingsstrom nach Österreich hat nachgelassen. Bis Ende Januar waren 168.000 Menschen geflüchtet, von denen bisher 1.700 den Wunsch geäußert haben, in ihre Heimat zurückkehren zu dürfen. Einigen von ihnen ist jedoch inzwischen die Einreise von ungarischen Behörden verweigert worden. In Jugoslawien sind bis Monatsende 8.000 bis 9.000 Flüchtlinge eingetroffen, darunter zahlreiche Volksdeutsche. Das Regime setzt zwar die Rückkehrpropaganda fort, ist aber an einer Rückkehr aller Geflüchteten offensichtlich nicht sehr stark interessiert. In die Berichtsperiode fallen auch die Verhaftung von vier jungen Engländern (darunter einer Enkelin von Sir Stafford CRIPPS), die beschuldigt wurden, "feindliche Agenten" zu sein. Ausserdem erfolgte die Ausweisung zahlreicher ausländischer Pressevertreter. In mancher Hinsicht hat das Regime neuerdings eine Nachrichtensperre verhängt und den Journalisten zu verschiedenen Gebieten, wie etwa den Csepeler Eisenwerken, den Zutritt verweigert.

Ähnlich wie in den anderen Ostblockstaaten fanden auch in Ungarn Konferenzen mit Vertretern ausländischer kommunistischer Parteien statt. Neben der "Fünf-Nächte-Konferenz" wären in diesem Zusammenhang der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Tschu-En-Lai und eine Konferenz mit Vertretern der italienischen KP zu erwähnen.

Im übrigen scheint Ferenc MÜNNICH weiterhin der "starke Mann" der Regierung und der Vertraute des Kremls zu sein. Die jüngsten personellen Veränderungen im diplomatischen Dienst gehen offensichtlich auf seine Initiative zurück. Zweiter Mann und noch vor KADAR zu nennen ist indes György MAROSAN.,

## II. Staat

### 1) Die Regierungserklärung vom 6. Januar

Am 6. Januar wurde in Budapest die bereits im Dezember angekündigte Regierungserklärung veröffentlicht, die sich mit den "wichtigsten Fragen" befasst und eine Art Regierungsprogramm darstellen soll. In der Präambel heisst es, dass Ungarn eine "Diktatur des Proletariats" ist, in der Demokratie und Freiheit nur für "Arbeiter, Kleinbauern, volksbewusste Intellektuelle und loyale Bürger" gelte. "Konterrevolutionäre Elemente werden mit allen Mitteln bekämpft". Die Regierungserklärung verurteilt den "Verrat" der Imre NAGY-Regierung, die "der Konterrevolution den Weg geebnet hat." "Die Demokratisierung" soll fortgesetzt und von anti-leninistischen Methoden, wie sie von der RAKOSI-GERÖ-Clique praktiziert wurden, rein bleiben.

### a) Stärkung und Demokratisierung des Staatsapparates

Der Staatsapparat soll aufgrund "ungarischer Gegebenheiten" reorganisiert werden. Ausländische Vorbilder sollen nicht mehr blindlings nachgeahmt

werden. Indem die Regierung die "sozialistische Gasetzlichkeit" stärkt, garantiert sie ein "Leben ohne Furcht" für alle ehrlichen, loyalen und patriotischen Bürger. Die führende politische Kraft im Lande ist die KP, während die Vaterländische Volksfront "alle demokratischen Kräfte unter Führung der Partei" vereinigen soll.

#### b) Wirtschaftliche Massnahmen

In der Regierungserklärung heisst es zur Wirtschaftslage, dass die "konterrevolutionären Ereignisse" Waren im Werte von 1,5 Milliarden Forint zerstört haben. Der Schaden an öffentlichen und privaten Gebäuden betrage mehr als eine Milliarde Forint. Der Streik habe das Volkseinkommen des Jahres 1956 um neun Milliarden Forint gesenkt. Ungarn sei bereit, Wiederaufbaukredite auch von kapitalistischen Ländern anzunehmen, wenn daran keine politischen Bedingungen geknüpft sind. Der Schlüssel zur ganzen Wirtschaft sei eine Erhöhung der Kohlenförderung. Die Regierung tue alles, um eine Inflation zu verhindern. Das Staatsbudget müsse ausgeglichen werden, weitere Lohnerhöhungen kämen daher erst dann in Frage, wenn eine wirkliche und fühlbare Erhöhung der Produktion erreicht sei. Vorerst werde die Regierung nur geringe Summen für Investitionszwecke ausgeben. Die Verringerung des Staatsapparates und das "vorläufige Produktionstief" würden Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Die Regierung gab ferner bekannt, dass anstelle des bisherigen Fünf-Jahres-Planes vorerst ein Ein-Jahres-Plan treten wird. Nach 1957 würde man dann einen Drei-Jahres-Plan entwickeln. (Daraus ist zu ersehen, dass eine zeitliche Abstimmung mit den anderen Ostblockstaaten erfolgt ist.) Die Struktur der Industrie soll "verbessert" und den "ungarischen Interessen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden". Eine Gewichtsverlagerung zugunsten der Konsumgüterindustrie wird angedeutet.

#### c) Landwirtschaft

Die Regierungsdeklaration nennt die "sozialistische Transformation" der Landwirtschaft als Hauptziel einer künftigen Agrarpolitik. Das Netz der MTS soll bestehen bleiben, während den Staatsgütern weitgehende "Autonomie" zugesagt wird. Wer das Eigentum der Kollektive, Staatsgüter und Traktorenstationen antastet, wird mit der "ganzen Strenge der proletarischen Diktatur" bestraft werden. Das Zwangsablieferungssystem bleibt weiter ausser Kraft, sodass die Bauern ihre Produkte frei verkaufen können, allerdings mit Ausnahme jener Produkte, die unter das Staatsmonopol fallen.

#### d) Handel

Die Regierung will eine "gewisse Ausdehnung" des privaten Handels zulassen. Der Aussenhandel muss sich künftig auf der Grundlage "völliger Gleichberechtigung" abwickeln. Ungarn ist bereit mit allen Ländern Handelsbeziehungen anzuknüpfen.

#### e) Kultur

Die Erklärung sichert allen Lehrern, Schriftstellern und Künstlern, gleichgültig, ob sie der Partei angehören oder nicht, Freiheit und Unterstützung zu, von der jedoch "Feinde der Freiheit und des Sozialismus" ausgeschlossen sind. In den Schulen sollen die jungen Menschen im Geist der "Demokratie und des Sozialismus" erzogen werden. Der Unterricht soll frei von "Tagespolitik" sein.

#### f) Staat und Kirche

Die Regierungserklärung nennt die Religion "eine private Angelegenheit des Bürgers". Die Freiheit des Bekenntnisses wird garantiert. Die Regierung garantiert weiter die Freiheit für Kirche und Glaubensgemeinschaften. Der Religionsunterricht in den Schulen wird zugesichert. Andererseits wird die Regierung "keinerlei politisch-reaktionäre Umtriebe seitens kirchlicher Organe" dulden. Alle diese Fragen sollen auf dem "Verhandlungswege" geregelt werden.

#### g) Aussenpolitik

Laut Regierungserklärung ist es das Ziel des Regimes, die nationale Unabhängigkeit und Souveränität herzustellen. In diesem Zusammenhang verlässt sich die Regierung auf eine dauernde Allianz mit der SU. "Die Beziehungen zur SU haben stets auf "echten Grundsätzen" beruht.

In der gegenwärtigen angespannten Lage schütze die sowjetische Armee das ungarische Volk auf ungarischem Gebiet vor einer imperialistischen Aggression von aussen. Alle Fragen einschliesslich der Stationierung sowjetischer Truppen in Ungarn werden durch "freundschaftliche Verhandlungen" zwischen den beiden Ländern auf der Grundlage der Deklaration der SU vom 30. Oktober geregelt werden.

#### 2) Um die Regierungserweiterung

Seit Mitte Dezember hält sich das Gerücht, wonach KADAR beabsichtige, seine Regierung durch Heranziehung nichtkommunistischer Politiker zu erweitern. Am 1. Januar hat die KP im Parteiorgan "Nepszabadsag" ihren Standpunkt in dieser Frage präzisiert. Demnach schwebt den Kommunisten folgendes vor:

1. Die Regierung soll nicht durch Heranziehung von Parteien, sondern durch Einzelpersönlichkeiten, die keine Kommunisten sind, erweitert werden.
2. Nachdem die neue Regierung ein Bekenntnis zur Volksdemokratie abgelegt und die "Sicherheit der sozialistischen Errungenschaften" garantiert hat, soll mit der SU über den Abzug der sowjetischen Truppen verhandelt werden.

Demgegenüber hatten die Vertreter der Petöfi-Partei (ehem. Nationale Bauernpartei) und der Partei der Kleinlandwirte folgende Bedingungen gestellt:

1. Das Standrecht muss aufgehoben und die Standgerichte müssen abgeschafft werden;
2. die Deportationen müssen gestoppt und die bereits Deportierten nach Ungarn zurückgebracht werden;
3. den Gefangenen muss volle Gesetzlichkeit zugesichert werden.
4. Völlige Auflösung der AVO.
5. Die Koalitionsparteien müssen völlige Pressefreiheit genießen.
6. Die Sozialdemokraten müssen ebenfalls an der Regierung teilnehmen können.
7. Arbeiter- und Bauernräte müssen die Möglichkeit haben, sich in voller Freiheit zu konstituieren.
8. Die Russen müssen ihre Absichten hinsichtlich des weiteren Verbleibens ihrer Truppen kund tun.

In den Verhandlungen mit Janos KADAR haben die Repräsentanten der bürgerlichen Parteien noch folgende Zusatzforderungen erhoben:

- a) Baldmöglichster Rückzug der Roten Armee
- b) Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und allmähliche Neutralisierung
- c) Freie Wahlen zum baldmöglichsten Zeitpunkt

Angeblich haben Vertreter der Petöfi-Partei im zweiten Punkt nachgegeben und die Formel gefunden, dass diese Frage auf dem Wege von Verhandlungen mit der SU gelöst werden soll. Im übrigen dürfen die Verhandlungen jedoch als gescheitert betrachtet werden. Unter den gegenwärtigen Umständen wird sich kein nichtkommunistischer Politiker mit einem etwaigen Eintritt in die KADAR-Regierung belasten. Bela KOVACS lebt wieder zurückgezogen und lehnt Verhandlungen mit KADAR ab. Sogar Ferenc ERDEI, der immerhin als Vertreter der Vaterländischen Front der Regierung HEGEDUES angehört hatte, hat seinen Parteifreunden von der Petöfi-Partei mitgeteilt, dass er "Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen" werde. Eine Zusammenarbeit

mit KADAR-MÜNNICH komme für ihn nicht mehr in Frage.

### 3) Rückkehr zum "Harten Kurs"

Gegen Monatsende häuften sich die Anzeichen dafür, dass das Regime auf stalinistische Methoden zurückgreift, um der Lage Herr zu werden. Allen "Feinden der Volksdemokratie" wird der "Kampf bis zur Liquidierung" angesagt und Begriffe wie "Klassenfeinde, Reaktionäre und Agenten der Imperialisten" sind heute wieder so gebräuchlich, wie einst unter RAKOSI.

Die Rückkehr zum alten Kurs vollzieht sich auch auf ideologischem Gebiet. Am 4. Januar kritisierte das Gewerkschaftsorgan "Nepakarat" die Rede von KARDELJ. Sie sei "voll von Illusionen und ohne Konzeption" gewesen. Das Blatt räumt zwar ein, dass es eine Rückkehr zu den Methoden RAKOSIS nicht geben könne, macht aber gleichzeitig deutlich, dass der "Neue Kurs" auf Ungarn keine Anwendung finden dürfe. Erstmals wurde nun auch wieder STALINS Name genannt. Landwirtschaftsminister Imre DÖGEI erklärte in einer Rede am 30. Januar, die "Konterrevolutionäre hätten Stalins Fehler aufgebaut". Stalin, so sagte DÖGEI, war ein grosser marxistischer Revolutionär. "Für uns bedeutet Stalinismus, in erster Linie Kommunismus, Marxismus und Leninismus."

Einen weiteren Hinweis auf die Kursänderung bietet die Tatsache, dass neuerdings wieder bekannte "Stalinisten" in den Partei- und Staatsapparat eingebaut werden. Am 25. Januar gab die Regierung die Bildung eines Arbeitsministeriums bekannt und betraute einen der führenden Stalinisten aus der Zeit RAKOSIS, nämlich Jozsef MEKIS mit der Führung dieses Ministeriums. Im übrigen fällt auf, dass Ferenc MÜNNICH und vor allem György MAROSAN äusserst scharfe Reden halten, die sich in nichts von den früheren Äusserungen RAKOSIS unterscheiden. MAROSANS Lieblingsthema ist die "Gefahr des Sozialdemokratismus". Es dürfe nie mehr eine sozialdemokratische Partei geben, weil damit die Arbeiterschaft gespalten würde. Gerade dies sei stets das Ziel der Weltreaktion gewesen.

Weitere Anzeichen für den verschärften Kurs sind:

Die Verdammung der "NAGY-LOSONCZY-CLIQUE" als "Verräter der Arbeiterklasse und Handlanger der Konterrevolution".

Verhaftung britischer Studenten als "Spione".

Scharfe Angriffe gegen die westlichen Botschaften, in denen sich "Spione und Agenten aufhalten".

Schonungslose Abrechnung mit allen Gegnern des Regimes.

Verurteilung des "Nationalkommunismus", den KADAR mit dem Nationalsozialismus verglich.

#### 4) Blutige Zusammenstöße und neuer Terror

Während das Regime einerseits immer wieder Gerüchte dementiert, wonach die "Konterrevolutionäre" einen neuen Aufstand vorbereiten, und immer wieder versucht, auf die Bevölkerung beruhigend zu wirken, begründet es sämtliche Gewaltmassnahmen mit "konterrevolutionären Uatrieben, die im Keime erstickt werden müssen". Die Regierung hat ihre Drohungen wahr gemacht und eine Hinrichtungswelle befohlen, die selbst die (auch von KADAR seinerzeit verdamnten) "Verstöße gegen die Gesetzlichkeit unter RAKOSI" in den Schatten stellt. Am 19. Januar wurden zwei führende Männer der Freiheitsbewegung, Jozsef DUDAS und Janos SZABO von einem Militärgericht zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet. Zu den anderen "Konterrevolutionären", deren Hinrichtung das Regime selbst bekanntgegeben hat, zählen auch Jugendliche und neuerdings Frauen. Das Schicksal von General Pal MALETER, der ebenfalls zum Tode verurteilt wurde, ist jedoch noch ungewiss. Offensichtlich ist es den Häschern des Regimes noch nicht gelungen, seiner habhaft zu werden. Am 31. Januar meldete der Sender PECS (Fünfkirchen), auf der dortigen Universität seien Gerüchte im Umlauf, wonach General MALETER im Gebiet von Bakony 7 Divisionen befehlige, die "bald losschlagen würden". Der Sender wirft die Frage auf, wie es möglich sei, 100.000 Mann unter den Augen der Regierung zu versorgen und warum die Regierung nichts dagegen unternehme.

Indessen kam es auch im Januar in verschiedenen Teilen des Landes zu blutigen Zusammenstößen. In Czepel demonstrierten die Arbeiter, worauf es zu Schiessereien und Blutvergiessen kam. Mehrere Arbeiter wurden dabei getötet. Am 12. Januar berichtete der Budapester Rundfunk von Zusammenstößen mit "bewaffneten Banditen" in der Nähe von Bakonyszentlaszlo. Am 9. Januar war es zu Kämpfen zwischen Arbeitern und sowjetischen Truppen in Tatabanya gekommen und am gleichen Tag berichtete der Rundfunk von Zusammenstößen zwischen einer "Partisanenbande" und der regierungstreuen Miliz in Bakonybel. Die Erschiessung eines Polizeioffiziers in der Nador-Strasse in Budapest wurde am 13. Januar offiziell bekanntgegeben. Am 14. Januar erklärte Staatsminister György MAROSAN in einer Versammlung, die "Zusammenstöße seien von der Reaktion inszeniert worden, weil zu jener Zeit die UN tagte."

Zu Demonstrationen kam es auch auf den Universitäten. Das Regime gab daher bekannt, dass die Vorlesungen an allen ungarischen Universitäten, die

ursprünglich am 21. Januar ihre Lehrtätigkeit wieder hätten aufnehmen sollen, aus "technischen Gründen" bis Ende Februar abgesagt worden seien. Nach Meldungen des Budapester Rundfunks hat die AVO bei Tapolca ein "konterrevolutionäres Komplott" aufgedeckt, die "Rädelsführer liquidiert" und sämtliche Waffen beschlagnahmt. Und das amtliche Organ der ungarischen Bauern "Szabad Föld" schrieb am 20. Januar: "Überall in Ungarn ist davon die Rede, dass sich der dritte Akt des Aufstandes bald in den ungarischen Städten und Dörfern abspielen wird. Die Bevölkerung unseres Landes weiss, dass dieser 'dritte Akt' ein neuer und blutiger Bürgerkrieg wäre, der alles zerstören würde, was der Regierung KADAR aufzubauen gelang. In Ungarn herrscht Furcht, welche die Köpfe und Hände lähmt, und verängstigte Ungarn fragen sich, was ihnen die Zukunft wohl bringen mag. Niemand weiss, ob es morgen nicht zu einer neuen allgemeinen Abrechnung kommt. Die Angst ist in Ungarn zu einer Art Krankheit geworden, die von gewissen Elementen bewusst unterhalten wird. Diese Elemente, sagen wir es rundheraus, wollen unsere Volksdemokratie und die Errungenschaften des Sozialismus zunichte machen. Wir wollen sie nicht überzeugen, da es unmöglich ist, mit ihnen zu diskutieren. Man muss sie daher mit allen Mitteln vernichten."

### III. Die Haltung des Volkes

#### 2) Die Arbeiterschaft

Am 8. Januar gaben die Arbeiterräte der Csepeler Eisen- und Stahlwerke sowie von 19 anderen Betrieben ihren Rücktritt bekannt.

In einer Verlautbarung, die in allen Betrieben veröffentlicht wurde, hiess es:

"In der gegenwärtigen Situation können wir die Wünsche der Arbeiter nicht erfüllen und wollen durch ein Weiterverbleiben in unseren Funktionen keine unberechtigten Hoffnungen erwecken."

Die Sprecher der Arbeiterräte erklärten weiter, dass die Regierungsdeklaration vom 6. Januar eine grosse "Enttäuschung" sei und nicht als Verhandlungsgrundlage dienen könne. Von der Regierung sei nun keine Unterstützung mehr zu erwarten und es herrsche ein Zustand des "Misstrauens".

Es kam zu Arbeiterdemonstrationen und blutigen Zusammenstössen. U.a. forderten die Arbeiter der Csepel-Werke die Entlassung eines Direktors, der vom Arbeiterrat abgesetzt, von der Regierung jedoch wieder eingesetzt worden war. Darin sahen die Arbeitervertreter einen Bruch der Vereinbarung zwischen dem zentralen Arbeiterrat und der Regierung KADAR. Der offizielle Gewerkschaftsbund nannte indes den Rücktritt der Arbeiterräte eine

"Provokation".

Nachdem sich auch in anderen Teilen des Landes Arbeiterräte aus Protest gegen die Regierung aufgelöst hatten, ging das Regime zu heftigen Angriffen gegen die Arbeitersprecher über. Immer wieder tauchte die Behauptung auf, "reaktionäre Elemente" hätten sich in die "Reihen der Arbeiterschaft eingeschlichen und dort Vertrauensstellungen erobert." Bezeichnenderweise stellte sich auch das Gewerkschaftsorgan "Nepakarat" auf die Seite der Regierung. Der Gewerkschaftsführung waren die Arbeiterräte von vornherein ein Dorn im Auge. Deshalb liess sie wiederholt erklären, dass einzig und allein die "Gewerkschaften die Arbeiter vertreten" könnten.

Auch im Elektrizitätswerk von Ujpest kam es zu stürmischen Demonstrationen, in deren Verlauf der Abzug der sowjetischen Truppen und allgemeine und freie Wahlen gefordert wurden. Besonders schmerzlich für das Regime ist der Widerstand, der von den Bergarbeitern ausgeht. Obwohl KADAR persönlich mit den Bergleuten in Tatabanya verhandelte, haben sich dort die Wogen der Unruhe auch im Monat Januar nicht geglättet. Schliesslich liess die Regierung dort eine Reihe von Arbeitersprechern verhaften, was aber wiederum zu Ausschreitungen führte.

#### b) Die Bauern

Den Bauern gegenüber hat das Regime eine verhältnismässig konziliante Haltung an den Tag gelegt. Dies mag in erster Linie darauf zurückzuführen sein, dass von der Bauernschaft kein aktiver Widerstand ausgeht. Sie gehen ihrer Arbeit nach und produzieren, obwohl sie sich um die Anordnungen des Regimes nicht kümmern und immer wieder zu verstehen geben, dass sie die Regierung KADAR nicht anerkennen. Indem die Bauern jedoch ihre Produkte am freien Markt verkaufen, tragen sie dazu bei, die Versorgungslage erträglich zu gestalten. Allerdings ist die Regierung nun wieder dazu übergegangen, das Prinzip der Kollektivierung als einzig richtigen Weg in der Landwirtschaft zu bezeichnen. Die Kollektive befinden sich aber in einem Zustand der Auflösung und die Regierung hat offensichtlich noch kein wirksames Mittel gefunden, diesen Prozess aufzuhalten.

Am 5. 1. berichtete die Zeitung "Kisalföld" von Bauernversammlungen im Kreis Győr-Spron u.a. folgendes:

"In Esebhaza wurden sogenannte Versammlungen abgehalten, in denen gegen die Kollektive zu Felde gezogen wurde. Einige konnten ihre Begeisterung nicht zurückhalten und veranstalteten derartige Zusammenkünfte auch in der Weihnachtszeit."

Am 13. 1. gab die Regierung bekannt, dass das Landwirtschaftsministerium in Zusammenarbeit mit Experten ein neues "Gesetz über die landwirtschaftlichen Kollektive" vorbereite. Das Parteiorgan "Nepszabdasag" schreibt dazu: "Der erste Grundsatz lautet: Jedem muss es freistehen, ob er einem Kollektiv beitreten will oder nicht." Trotzdem hat der neue Gesetzentwurf einige Pferdefüße. Vor allem werden die Kollektive in jeder Hinsicht bevorzugt, dadurch wird zumindest ein indirekter Druck auf die Bauern ausgeübt.

#### c) Die Intellektuellen

Im Januar hat das Regime den ungarischen Schriftstellerverband und die Journalistenvereinigung als "Horte der Reaktion" aufgelöst. Gleichzeitig wurden zahlreiche Schriftsteller und Journalisten verhaftet, unter ihnen auch der Altkommunist Gyula HAY. Bereits am 13. Januar wurde HAY in der Regimepresse heftig attackiert und als "Wegbereiter der Konterrevolution" bezeichnet. Am 20. 1. schrieb das Zentralorgan der KP "Nepszabdasag" "Ungarn will mit Gyula Hay nichts mehr zu tun haben." Der Grund, warum Hay keinen Fluchtversuch unternahm, ist wahrscheinlich in seiner grossen Enttäuschung und Resignation zu suchen. Ausserdem ist er schwer krank. Seit geraumer Zeit leidet er an einer Lungenkrankheit, die ihn die kommende Haftperiode wohl kaum überstehen lassen wird.

Am 28. Dezember war der ungarische Schriftstellerverband zu einer Konferenz zusammengetreten, in deren Verlauf Generalsekretär Sandor ERDEI über die "Rolle des Verbandes in den vergangenen Monaten" sprach. Obwohl zahlreiche dem Regime nicht genehme Schriftsteller zu diesem Zeitpunkt bereits verhaftet oder ins Ausland geflüchtet waren, bildeten die Kräfte des Widerstandes eine erdrückend Mehrheit. Anwesend waren 250 Delegierte die (gegen 8 Stimmen, bei 5 Enthaltungen) folgende kurze Resolution annehmen:

"Die ungarischen Schriftsteller weisen die Behauptung zurück, wonach die Volkserhebung das Machwerk 'Konterrevolutionärer Elemente' ist. Schweren Herzens stellen sie fest, dass die SU einen historischen Fehler beging, als sie die ungarische Revolution im Blute erstickte. Die Zeit wird kommen, in der dieses Vorgehen bereut werden wird."

#### IV. Die Partei

Am 30. Januar sprach Janos KADER vor dem Parteiaktiv der "Sozialistischen Arbeiterpartei" (KP) in Csepel. Er präziserte dort den Standpunkt der Parteiführung und der Regierung zu verschiedenen wichtigen politischen Fragen. U.a. erklärte er:

1. In der Vergangenheit wurden schwerwiegende Fehler begangen und die Prinzipien des Sozialismus oft verletzt. Diese Fehler dürfen jedoch

nicht zu "verschleierte[n] Angriffen" gegen das Regime benutzt werden.

2. Zuerst hat die Kontexrevolution Männer eingesetzt, dann Frauen für ihre Zwecke missbraucht und jetzt fällt sie auf die Kinder zurück. Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen, werden in einer unverschämten Weise verfolgt.
3. Der Rücktritt der Arbeiterräte von Csepel diene[n] den Zielen der Konterrevolution. Alle Arbeiterräte wurden während der Revolution gegründet, so dass sich zahlreiche "feindliche Elemente" in ihre Reihen einschleichen konnten. Die Arbeiterräte werden künftig nur noch unter der "Führung der Partei" operieren.
4. Die Oktoberereignisse haben gezeigt, dass die Partei durch "Verrat" geschwächt war und daher nicht entscheidend eingreifen konnte. Wenn auch die Partei keine Massenpartei sein wird, so wird sie doch "stark und einig" sein und die Interessen der Arbeiterklasse verteidigen. Gegenwärtig zählt die Partei 150.000 Mitglieder. Die Rolle der Intellektuellen und der Jugendlichen muss auf ein erträgliches Mass zurückgeschraubt werden.
5. Die Gruppe um NAGY und LOSONCZY setzt sich aus "Verrätern an der Arbeiterklasse" zusammen.